

Nachrichten

Mitgliederzeitung der FDP. Die Liberalen für die Bezirke Winterthur und Andelfingen

Ausgabe 1/2021

Tagesschulen bringen Eltern und Kindern mehr Zeit – das Bildungsmodell der Zukunft

von Carola Etter-Gick, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP Winterthur



Die Zürcher Gemeinden sind bereits heute verpflichtet, eine schulergänzende Betreuung anzubieten. Besser wären aber Tagesschulen. Winterthur führt keine solchen im engeren Sinne. Wollen wir attraktiv für Familien mit Doppelverdienern oder für neue Arbeitgeber bleiben, muss sich das ändern. Deshalb verlangt die FDP auf Kantonsebene, dass jede Gemeinde den Bedarf an Tagesschulplätzen abdeckt. Entweder mittels Schaffung einer eigenen Schule oder durch eine gemeindeübergreifende Kooperation. Auch in Winterthur bleiben wir am Ball.

Tagesschulen sind das Bildungsmodell der Zukunft. Sie vereinen Betreuung und Schule in einem pädagogischen Modell. Die Kinder verbringen den ganzen Tag im Klassenverband – das Lernen geht während dem Mittagessen weiter. Zudem ist die Schule dank verkürzter Mittagspause früher fertig. Die Kleinen haben an drei fixen Nachmittagen bis ca. 15.30 Uhr Schule, die Grösseren an vier. Im Anschluss können sie heimgehen oder aber eine zusätzliche Betreuung oder private Vereinskurse besuchen. Den Kindern bleibt mehr Zeit für ihre Hobbys und Freunde. Und für die Eltern wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfacht.

Einige Gemeinden führen bereits Tagesschulen oder sind auf dem Weg dazu. Die Kantonsratsfraktion möchte, dass jede Gemeinde den Bedarf an Tagesschulplätzen regelmässig ermittelt und ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stellt. Deshalb wurde die parlamentarische Initiative «Zugang zu Tagesschulen

sicherstellen» zusammen mit Grünen, GLP und CVP eingereicht. Die Schaffung von Tagesschulen bringt organisatorische und finanzielle Hürden mit sich. Durch die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit können sowohl die Organisation als auch der Betrieb effizienter gestaltet werden.

Ressourceneinsatz, der sich auszahlt

Für die Schaffung von Tagesschulen müssen in einer ersten Phase Ressourcen bereit gestellt werden. Geld, das sich für den Staat auszahlt. Eltern, die früher oder in grösserem Umfang erwerbstätig sein können, sammeln zusätzliche Berufserfahrung. Dies erhöht nicht nur deren Einkommen und somit ihre Kaufkraft, sondern auch das Humankapital. Der zusätzliche Kompetenzerwerb von Kindern wirkt sich positiv auf deren Gesundheitsverhalten und später auf deren Sozial- und Gesundheitskosten aus. Dies belegen verschiedene Studien, beispielsweise das «Whitepaper zur Investition in die frühe Kindheit: Fokus volkswirtschaftlicher Nutzen» der Jacobs Foundation.

Die Kosten für die öffentliche Hand variieren – je nach Ausgestaltung der Tagesschule, Subventionen sowie Elternbeiträge. Wichtig ist aus freisinniger Sicht, dass sich die Eltern angemessen an den Kosten beteiligen. Denn gute Betreuung und Bildung muss ihnen etwas Wert sein. Zudem steht für die FDP die Freiwilligkeit im Zentrum. Jede Familie soll ihr Familien- und Schulmodell frei wählen.

Tagesschulen in jedem Schulkreis, wenn der Bedarf besteht

In Winterthur ist diese Wahl nicht möglich. Wer eine Tagesschule möchte, muss eine Privatschule wählen. Wird die parlamentarische Initiative auf Kantonsebene umgesetzt, muss die Stadt Winterthur den Eltern eine Möglichkeit für einen Tagesschulplatz geben. Als nächster kommunaler Schritt wäre eine Tagesschule pro Schulkreis denkbar. Ein entsprechendes Postulat (ursprünglich eingereicht als Motion) wurde vom Gemeinderat im Dezember nach Kenntnisnahme des stadtörtlichen Berichts als erledigt

abgeschrieben. Aber wir bleiben auch hier am Ball und suchen nach einer aus freisinniger Sicht sinnvollen und politisch mehrheitsfähigen Bestellung an den Stadtrat.

Volksabstimmung vom 07. März 2021

Eidgenössische Vorlagen

| | |
|---|------|
| Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» | Nein |
| E-ID-Gesetz | Ja |
| Freihandelsabkommen mit Indonesien | Ja |

Kantonale Vorlagen

| | |
|---|------|
| Änderung der Kantonsverfassung | Ja |
| Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» | |
| Volksinitiative Gegenvorschlag | Nein |
| Stichfrage Gegenvorschlag | Ja |
| Änderung des Sozialhilfegesetzes | Nein |

Inhalt Ausgabe 1/2021

| | |
|---------------------------------------|-----|
| Tagesschulen | 1 |
| Abstimmung vom 7. März 2021 | 2-3 |
| Ressourcen Winterthur | 4-5 |
| JFW | 6 |
| Ressourcen FDP und Kosten Schulbauten | 7 |
| Terminkalender | 8 |

Eichwaldhof - attraktive Eingangspforte zu Oberwinterthur

von Romana Heuberger, Gemeinderätin und Mitglied Kommission Bau und Betriebe



Im Eichwaldhof entsteht eine qualitativ hochwertige und energieeffiziente Überbauung mit attraktiven Grün- und Erholungsräumen. Das Projekt bedeutet einen Quantensprung gegenüber heute – städtebaulich, ökologisch und auch für das Quartier. Eine Win-win-Situation für alle! Einziger Wermutstropfen: die in den 60er Jahren falsch konzipierte Verkehrserschliessung.

Die 1960 am Eingang zu Oberi erstellten Häuser sind baufällig. Eine Sanierung macht weder ökologisch, städtebaulich noch wirtschaftlich Sinn. Deshalb kamen die drei Grundeigentümerinnen «Aktiengesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser in Winterthur (GEbW)», «H. und E. Blatter Immobilienanlagen AG» und «Leemann + Bretscher AG» überein, einen gemeinsamen Gestaltungsplan für zeitgemässen Wohn- und Freiraum zu entwickeln.

Nachhaltiger und bezahlbarer Wohnraum

Es entsteht ein attraktives und vielseitiges Wohnungsangebot. Die geplanten rund 340 Wohnungen werden im preisgünstigen Segment erstellt und fördern mit vielfältigen Wohnungstypen die soziale Durchmischung. Räume für Quartierläden, Kindertagesstätten, Büros und Ateliers bereichern das lokale Angebot und die Quartierinfrastruktur.

Energieeffizient und ökologisch

Die behindertengerechten Gebäude erfüllen höchste energetische Anforderungen und werden mit erneuerbarer Energie versorgt. Fotovoltaikanlagen mit extensiver Begrünung der Flachdächer verstärken die Nachhaltigkeit. Der Gestaltungsplan ermöglicht einen wertvollen, grossen Grünraum, der mit der geschützten Platanenallee harmoniert. Der renaturierte Eichwald-Bach wertet den gesamten Gewässerraum auf.

Grün- und Erholungsraum

Der pflanzenreiche, offene Freiraum Richtung Frauenfelderstrasse und die privaten, Richtung Eichwald-Bach ausgerichteten Gartenbereiche unterstützen den Charakter einer Gartenstadt mit dem Flair einer urbanen Siedlung. Der grosse Innenhof mit vielen Pflanzen und Schatten spendenden Bäumen ist das verbindende Element. Der Saum des Eichwald-Bachs wird neu zum öffentlicher Naturraum und Spielort.

Anschluss Frauenfelderstrasse nicht bewilligungsfähig

Nicht schönzureden ist die unbefriedigende Verkehrserschliessung durch das Quartier. Ein direkter Anschluss an die Frauenfelderstrasse wurde geprüft, da sie auch die Grundeigentümer priorisiert haben. Gemäss Kanton ist dieser jedoch nicht bewilligungsfähig. Der Anschluss widerspricht gemäss Gutachten dem Planungs- und Baugesetz (Art. 240, Abs. 43 PBG) und der Kantonsverfassung (Art. 104, Abs. 2bis, KV). Somit ist ein direkter Anschluss keine realistische Option – auch wenn die Gegner der Vorlage das gerne suggerieren.

Gestaltungsplan bringt weniger Verkehr

Der Gestaltungsplan trägt dem Problem jedoch Rechnung. Auf dem Areal entstehen 850 leicht zugängliche Veloabstellplätze. Betreffend Auto-Parkplätze (PP) haben sich die Grundeigentümer bereits am Minimum der neuen, restriktiven Parkplatzverordnung orientiert. Im politischen Prozess wurde eine weitere Reduktion der Parkplätze verlangt. Die Grundeigentümer sind bereit, diese nochmals um 100 PP auf insgesamt 244 PP zu senken.

Referendum schiesst am Ziel vorbei

Die ungenügende Verkehrserschliessung war der Grund für das Referendum aus dem Quartier. Eine Ablehnung des Gestaltungsplanes würde die Situation aber nicht verbessern – im Gegenteil. Bei einer reinen Arealüberbauung ohne Gestaltungsplan stehen dem Grundeigentümer rechtmässig 350 PP zu – also deutlich mehr, als mit Gestaltungsplan realisiert werden sollen.

Der Stadtrat, der Gemeinderat (53:2), die FDP-Mitgliederversammlung (einstimmig) und das breit abgestützt Komitee «Eichwaldhof-ja.ch», bestehend aus CVP, EDU, EVP, FDP, glp, Jungfreisinnige, SP, SVP, empfehlen ein JA zum Gestaltungsplan. Die FDP-Fraktion hat den Lead in dieser überparteilichen Kampagne übernommen.

Winterthur verdient am 7. März Ihr klares JA zu nachhaltigem, vielseitigem und bezahlbarem Wohnraum – JA zum Gestaltungsplan Eichwaldhof!



Volksabstimmung vom 7. März 2021

von Dieter Kläy, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur

Eidgenössische Vorlagen

Nein zur Burka-Initiative

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» verlangt eine Ergänzung der Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 10a. Die Gesichtshüllung im öffentlichen Raum und an Orten, die öffentlich zugänglich sind, soll verboten werden. Ausnahmen sollen aufgrund der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums möglich sein. Die Initiative enthält überdies das Verbot, eine Person aufgrund ihres Geschlechts zu zwingen, ihr Gesicht zu verhüllen. Für die Erarbeitung der Ausführungsgesetzgebung ist eine Übergangsfrist von zwei Jahren vorgesehen. Bundesrat, National- und Ständerat, aber auch die FDP lehnen die Initiative ab. Gegen die Annahme der Initiative spricht, dass die kantonalen Kompetenzen unnötig eingeschränkt würden. Die Regelung des öffentlichen Raums ist traditionell Angelegenheit der Kantone. Eine liberale Gesellschaft benötigt keine Kleidervorschriften und keine unnötigen Regulierungen. Gewerberelevant ist die Vorlage, weil die Schweiz für ein offenes, tolerantes und vernetztes Tourismusland steht und wirbt. Als Gastland muss sich die Schweiz aufgeschlos-

sen gegenüber anderen Kulturen verhalten und die Gäste nicht nach religiösen oder nationalen Merkmalen bzw. nach dem Geschlecht behandeln. Eine Annahme der Initiative könnte negative wirtschaftliche Konsequenzen haben.

Ja zum E-ID-Gesetz

Mit dem E-ID-Gesetz werden die Grundlagen geschaffen für eine staatlich anerkannte Schweizer e-ID (elektronische Identität). Immer mehr Menschen, Behörden, Verbände und Unternehmen brauchen eine zweifelsfreie Identifikation im Internet. Mit einer staatlich anerkannten und geprüften e-ID wird vieles im Internet einfacher und sicherer: Kein Chaos mit unzähligen Passwörtern, mehr Kontrolle und Transparenz über die eigenen Daten, ein Mittel gegen Identitätsbetrug, mehr Unabhängigkeit von Öffnungszeiten, weniger Schlange stehen am Schalter und weniger Papier. Obwohl der Bundesrat und das Parlament klar hinter dem E-ID-Gesetz stehen und auch die Kantone und die Wirtschaft die Vorlage unterstützen, wird sie von linker Seite mit einem Referendum bekämpft. Die FDP Schweiz hat die Ja-Parole beschlossen.

Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien öffnet Schweizer Firmen die Türe zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte der Welt (Experten schätzen, dass Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen könnte). Das Abkommen bietet langfristig neue Chancen für beide Parteien – auch mit Blick auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in beiden Ländern. Da weder Unternehmen aus der EU noch aus den USA einen derart privilegierten Marktzugang zu Indonesien geniessen, sichert das Abkommen den Schweizer Exporteuren wichtige Wettbewerbsvorteile. Die Erschliessung ausländischer Märkte ist aber nicht nur wegen den Wettbewerbsvorteilen ein Plus. Können sich unsere KMU auf einen breiteren Absatzmarkt abstützen, reduziert die Schweiz ihre Abhängigkeiten von den bestehenden Märkten, wie z.B. der EU. Die FDP Schweiz hat die Ja-Parole beschlossen.

Kantonale Vorlagen

Ja zur Änderung der Kantonsverfassung

Mit dieser Abstimmungsvorlage werden die Finanzkompetenzen der Regierung neu geregelt und die Grenze für das fakultative Referendum bei Ausgabenbeschlüssen angepasst. Der Regierungsrat soll neue einmalige Ausgaben bis 4 Mio. CHF (bisher 3 Mio.) bewilligen können. Bei den neuen wiederkehrenden Ausgaben soll die Kompetenz des Regierungsrates von bisher 300'000 CHF auf 400'000 CHF erhöht werden. Ausgaben, die diese neuen Grenzwerte überschreiten, sind dem fakultativen Referendum unterstellt. Die bisherige Grenze lag bei 6 Mio. CHF für einmalige bzw. bei 600'000 CHF für wiederkehrende Ausgaben. Die neue Kompetenzordnung erfordert eine Gesetzesanpassung und eine Revision der Kantonsverfassung. Der Kantonsrat hat der Gesetzes- und der Verfassungsänderung zugestimmt. Die Parteiversammlung der FDP Winterthur hat die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Sozialhilfegesetzes

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes will die Observation von Sozialhilfebeziehenden durch Sozialdetektive/innen auf eine klare rechtliche Grundlage stellen. Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung zugestimmt. 49 Gemeinden ergriffen das Referendum. Die FDP lehnt die So-

zialhilfegesetzrevision ab. Die Sozialhilfeorgane müssen am Wohnort der betroffenen Person zur Überprüfung und Klärung der Verhältnisse unangemeldete Augenscheine vornehmen können. Nur so kann die Wohnsituation einer Person überprüft werden. Es geht dabei um Augenscheine durch die Fürsorgebehörde und nicht um polizeiliche Hausdurchsuchungen. Mit der Vorlage, die zur Abstimmung kommt, ist das nicht möglich. Die Parteiversammlung der FDP Winterthur hat die Nein-Parole beschlossen.

Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»

Initiative: NEIN; Gegenvorschlag: JA

Die kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» verlangt, dass die Polizei in ihren Medienmitteilungen und Medienkonferenzen bei Tätern, Tatverdächtigen und Opfern – neben Alter und Geschlecht – in der Regel auch deren Nationalitäten und auf Anfrage einen allfälligen Migrationshintergrund bekannt gibt. Dem Kantonsrat und dem Regierungsrat geht die Volksinitiative zu weit, weshalb sie diese ablehnen. Gleichzeitig halten sie aber das Grundanliegen der Initiantinnen und Initianten für berechtigt, wonach bei gewissen Straffällen in Erfüllung

eines öffentlichen Interesses zusätzliche Informationen anzugeben sind. Daher beschloss der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates eine Änderung des Polizeigesetzes als Gegenvorschlag zur Volksinitiative. Dieser will die bisherige Kommunikationspraxis der Kantonspolizei gesetzlich verankern. So soll die Nationalität zurückhaltend dort genannt werden, wo es angebracht ist und aus Gründen der Transparenz und des öffentlichen Interesses erwartet wird; insbesondere bei schweren Straftaten ist deshalb in der Regel die Staatsangehörigkeit von Täterinnen und Tätern, Tatverdächtigen und Opfern in Polizeimeldungen zu nennen. Der geltenden Praxis der Kantonspolizei entsprechend soll demgegenüber bei Arbeits- und Verkehrsunfällen auf entsprechende Angaben verzichtet werden. Der Gegenvorschlag lässt damit Raum für sinnvolle Unterscheidungen, je nach Art des Ereignisses. Im Gegensatz zur Volksinitiative verzichtet er zudem darauf, die Bekanntgabe eines allfälligen Migrationshintergrundes vorzuschreiben. Insgesamt erfüllt der Gegenvorschlag das Grundanliegen der Volksinitiative und beseitigt gleichzeitig deren Schwächen. Die Parteiversammlung der FDP-Winterthur sagt Ja zum Gegenvorschlag und Nein zur Initiative.

FDP unterstützt Wirtschaft und Gewerbe in Corona-Zeiten

von Dieter Kläy, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur



Die verschiedenen seit Jahresbeginn vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen treffen KMU in verschiedensten Branchen, vor allem aber in der Gastronomie, im Detailhandel und im Freizeitbereich des Sports (Fitnesscenter uam.) auf vielfältige und einschneidende Art hart. Die getroffenen Massnahmen und Anordnungen des zweiten Lockdowns erschweren oder verunmöglichen es den Unternehmen, einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen. Die Wirtschaftsfreiheit wurde erheblich eingeschränkt oder gar ganz ausser Kraft gesetzt.

Aus Sicht der FDP ist es angebracht, die unverschuldet Betroffenen mit verschiedenen Massnahmen zu entschädigen. Neben den Mitteln aus der Kurzarbeitsentschädigung und des Corona-Erwerbsersatzes sind jetzt auch à fonds perdu Beiträge aus dem Härtefallprogramm notwendig.

Die FDP des Kantons Zürich und die FDP-Kantonsratsfraktion haben in den vergangenen Monaten verschiedentlich Einfluss auf die Corona-Politik des Regierungsrates genommen. Insgesamt ist die Zürcher Regierung mit den ausserordentlichen Herausforderungen bislang in einem sehr vernünftigen Mass umgegangen.

Die Kantonsratsfraktion hat vergangenes Jahr nicht nur die Finanzhilfe im Umfang von rund 80 Mio. unterstützt, sondern unterstützt auch den Zusatzkredit von 95 Millionen Franken zum Härtefallprogramm, das der Kantonsrat am 14. Dezember 2020 beschlossen hat. Bereits bei Verabschiedung des ersten Härtefallprogramms war klar, dass dieses nicht ausreichen wird, um alle Arbeitsplätze zu retten, die in Gefahr sind. Zusammen mit der Bundeshilfe stehen mit dem Zusatzkredit für Härtefälle im Kanton Zürich rund 350 Millionen Franken bereit, wenn das ganze Volumen für nicht rückzahlbare Beiträge verwendet wird. Werden nur Darlehen beantragt, wären es sogar 456 Millionen Franken. Die konkrete Nutzung beider Instrumente zeigt sich erst bei der Gesucheingabe im Verlaufe Februar 2021.

Ausserhalb der Härtefallmassnahmen engagiert sich die FDP in der Berufsbildung und in anderen, von der Corona-Krise betroffenen Bereichen. Zum Beispiel wird der Regierungsrat mit einem Postulat eingeladen, Möglichkeiten aufzuzeigen beziehungsweise Massnahmen zu treffen, die Unternehmen, welche sich trotz Corona-Krise für die Berufsbildung engagieren, zu unterstützen.

Trotz dieses Engagements ist Kritik am Kanton Zürich laut geworden, er würde zu wenig machen. Bereits im ersten Lockdown im März 2020 sind entsprechende Hilfsmassnahmen mit Unterstützung der FDP beschlossen worden. Seither haben Kantons- und Regierungsrat finanzielle Leistungen für Unternehmen, Organisationen und selbständig Erwerbende im Umfang von rund 900 Millionen Franken gesprochen. Zürich hat in der Krise rasch, ent-

schlossen und gezielt gehandelt. Bereits vor dem Bund hat der Kanton zusammen mit der ZKB und weiteren Geschäftsbanken ein Paket mit verbürgten Krediten im Umfang von einer halben Milliarde Franken geschnürt, um zu verhindern, dass aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten Arbeitsplätze verloren gehen.

Für die FDP ist klar, dass den Betrieben eine Perspektive und Planungssicherheit gegeben werden muss. Betriebe, die durch behördliche Anordnung schliessen mussten, müssen finanziell unterstützt werden, und zwar unabhängig davon, ob ihre Existenz gefährdet ist. Sie leisten einen unverhältnismässig hohen Beitrag an die Bewältigung der Pandemie. Die FDP fordert den Regierungsrat auf, den im Rahmen der diversen Kreditbeschlüsse bestehenden Handlungsspielraum zu nutzen, um den betroffenen Betrieben eine Perspektive und Planungssicherheit zu geben. Dem Kantonsrat soll eine Kreditvorlage zur ZKB-Jubiläumsdividende unterbreitet werden. Mindestens die Hälfte davon soll genutzt werden, um Betriebe und Selbständig-Erwerbende zu unterstützen, die durch die Maschen der bestehenden Unterstützungsprogramme fallen. Sodann fordert die FDP vom Regierungsrat und der Verwaltung, den Betrieben konkrete Hilfestellung im mittlerweile unübersichtlichen Dschungel von Unterstützungsleistungen zu bieten und die Verfahren so einfach und schnell als möglich zu gestalten. Den Steuern zahlenden und Arbeitsplatz sichernden Unternehmen sind wir das schuldig.

PRINTIMO. MEHR ALS NUR DRUCK.



Printimo AG

Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

Ein Unternehmen der Optimo Group

Würdigung der diesjährigen Budgetdebatte durch den Fraktionspräsidenten

von Urs Hofer, Gemeinderat und Fraktionspräsident FDP Winterthur



Die letzten Budgetdebatten liefen ungefähr wie folgt ab: Die heutige Rückweisungsallianz stellte einen Strauss von Kürzungsanträgen, von denen jeweils nur einzelne effektiv eine (Zufalls-) Mehrheit fanden. Das Resultat war vielfach reine Budgetkosmetik. Rot-grün begnügte sich hierbei jeweils damit, alle Kürzungsanträge abzulehnen, ab und zu die Hand zu heben und zu fragen «dörf's äs bitzeli meh si?» und am Ende einen Steuererhöhungsantrag zu stellen.

Mit der Rückweisung sind die Vorzeichen in diesem Jahr umgekehrt: Die Rückweisungsallianz wird das zweite Budget voraussichtlich im Wesentlichen unverändert belassen und die SP versucht mit diversen Anträgen, die in der revidierten Fassung vorgesehenen Minder Ausgaben betragsmässig mehr als rückgängig machen. Auch ein Antrag auf eine (zusätzliche) Steuerfusserhöhung wird von dieser Seite wie-

der eingebracht werden. Diese Anträge sind voraussichtlich chancenlos – die Allianz hält.

Die Anträge der SP sind in verschiedener Hinsicht unglaublich: Erstens wurde uns im Rahmen der Rückweisungsdebatte von der SP versprochen, dass man aktiv mitarbeiten werde bei der Suche nach Kompromissen. Nun ist's erneut bewiesen: Die Kernkompetenz der SP ist Geld ausgeben, aber nicht die in Anbetracht der Finanzlage dringend notwendige Priorisierung oder Kompromisse. Zweitens stilisiert sich die SP auf diversen Kommunikationskanälen als Retter der KMUs auf: Es ist aber dieselbe Seite, die den KMUs immer wieder Steine in den Weg legt und praktisch immer anderslautende Parolen als der KMU-Verband beschliesst. Dieses Verhalten ist vergleichbar mit einem Jäger, der dem Wild noch ein Zuckerchen verteilt, bevor er das Gewehr nachlädt. Drittens wird den Corona-Betroffenen eine rasche finanzielle Hilfe seitens der Stadt versprochen – ohne die Möglichkeit, auf Notrecht zurückzugreifen, ist das schlicht nicht möglich. Rasch, situationsgerecht und substantiell helfen können nur diejenigen Stellen, die alle zwei Tage etwas anderes anordnen: nämlich Bund und Kanton. Viertens können all diese Anträge nur mittels weiteren Steuerfusserhöhungen finanziert werden. Man will also allen in der Privatwirtschaft Geld wegnehmen, um damit Lohnerhöhungen

in der Verwaltung und andere Wünsche zu finanzieren und lediglich einen kleinen Teil als Hilfe an die Privatwirtschaft wieder zurückzahlen. Anstatt «für viele statt für wenige» müsste das Motto der SP somit eigentlich «für die uns nahestehenden; gegen alle anderen» heissen.

Aus Sicht der FDP kann man sich fragen, ob das revidierte Budget gut genug ist; dies zumal es nach wie vor eine Steuererhöhung von 3% bedeutet. Und ja, auch wir als Fraktion hätten uns noch weitere Kürzungen und gar keine Steuererhöhung erhofft. Die Realitäten sind jedoch anders: Nur mit Mitwirkung von EVP und GLP konnte überhaupt eine Rückweisung erreicht werden. Dafür waren Kompromisse notwendig. Mit der Rückweisung haben wir ein grösseres Zeichen gesetzt und mehr Budgetanpassungen erwirkt als in allen vergangenen Jahren. Dieses starke Zeichen war für uns viel wichtiger als lautes Bellen ohne Wirkung. Vor diesem Hintergrund war die FDP Fraktion eine massgebende Kraft hinter der Rückweisung und sind nach wie vor zu 100% von ihrer Richtigkeit überzeugt.



**Gerüstbau auf
höchstem Niveau**

Roth Gerüste AG
Allmendstrasse 22
8413 Neftenbach
Tel. 052 209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
 wenn Schönes entsteht

Jungfreisinniger Blick zurück

von Benjamin Frei, Quästor JFW. Für den Vorstand der Jungfreisinnigen Winterthur



Gruppenbilder mit Glühwein in den Händen oder beim gemeinsamen Fondueessen illustrierten die Jahresrückblicke der Jungfreisinnigen Winterthur der letzten Jahre. Dieses Mal mussten das Weihnachtsessen und auch der traditionelle Glühwein vom Weihnachtsmarkt aufgrund der Situation um Corona abgesagt werden. Was für ein bitterer Abschluss für ein Vereinsjahr, das so viel geboten hat:

Wir starteten das Jahr mit einer gutbesuchten Podiumsdiskussion zwischen den Jungfreisinnigen und der JUSO. Es wurde über die «Mittelstandsinitiative» der Jungfreisinnigen Kanton Zürich sowie über die «Entlastungsinitiative» der JUSO diskutiert. Beide Initiativen wurden an der darauffolgenden Abstimmung vom kantonalen Stimmvolk abgelehnt.

Im Februar war der «höchste Zürcher» persönlich bei uns im Barockhüsli zu Gast. In unserem Veranstaltungsformat «Ein Bier mit...» gab uns Dieter Kläy einen spannenden Einblick in seine damalige Arbeit als Kantonsratspräsident und wurde anschliessend von unserem Präsidenten Raphael Perroulaz interviewt.

Was dann ab März geschah, findet sich in allen Jahresrückblicken von 2020 und kann leider auch in diesem nicht weggelassen werden: Die Coronakrise traf Europa. Die Schweiz ging in den ersten Lockdown. Geschäfte, Restaurants und Schulen schlossen. Homeoffice wurde für viele vom Wunsch zur Pflicht. Die Sonderordnungen zur Pandemie lösten die sonst im Frühling ausführlichen Sportberichterstattungen ab. Das gesellschaftliche Leben veränderte sich auf einen Schlag.

Auch wir Jungfreisinnigen konnten unser Jahresprogramm nicht wie geplant fortsetzen. Die Generalversammlung musste vorerst ins Ungeisse verschoben werden. Stattdessen konnte der damalige Stadtratskandidat Urs Hofer zum ersten Online-Stamm der JFW eingeladen werden.

Mit wärmeren Temperaturen entspannte sich auch die epidemiologische Lage in der Schweiz – zumindest zwischenzeitlich. Trotzdem war an Veranstaltungen wie der Musikfestwochen oder des Albanifestes noch lange nicht zu denken. So wurde der Termin für den traditionellen Albanifest-Stamm für die Durchführung der Generalversammlung genutzt.



Gioia Porlezza, welche seit 2015 zuerst als Aktuarin und danach als Co-Vizepräsidentin im JFW-Vorstand aktiv war, verabschiedete sich. Elektra Langerweger wurde nach zwei Jahren als Quästorin neu ins Vizepräsidium gewählt. Sie führt dieses Amt gemeinsam mit Markus Mezger aus, der wie der Präsident Raphael Perroulaz und die Aktuarin Cristina Mancuso wiedergewählt wurde. Das freigewordene Amt des Quästors übernahm Benjamin Frei. Die Mit-

gliederzahl hat sich wiederholt sehr erfreulich entwickelt. Mit 70 Jungfreisinnigen haben wir einen neuen Höchstwert erreicht.

In der zweiten Jahreshälfte kam dann auch der gesellschaftliche Teil nicht zu kurz: Neben der traditionellen Reise, die uns dieses Mal ins idyllische Gruyères führte, gab es noch einen Sommeranlass im Bruderhaus mit einem wie gewohnt spannenden Referat von Ruth Werren.

Im November, dem letzten Anlass 2020, besichtigten wir das Haus Adeline Favre, dem neu eröffneten Campus der ZHAW Gesundheit.

Für mich persönlich war es das erste Jahr im Vorstand der JFW. Neben den erwähnten Ver-

anstaltungen blicke ich auch gerne an die unzähligen Begegnungen auf der Strasse beim Sammeln von Unterschriften für die Renteninitiative zurück. Die politisch ruhigeren Anlässe wie ein gemeinsames Nachtessen auf der Terrasse des Restaurants Sonne oder eine Parolenfassung im Restaurant Obergass bleiben mir ebenfalls in bester Erinnerung.

Nun können wir Ihnen, wie eingangs erwähnt, dieses Jahr kein Bild von unserem Weihnachtsessen beilegen. Stattdessen sehen Sie uns während der sommerlichen Gruyères-Reise beim Treffen mit FDP-Ständerätin Johanna Gampy. Damit wünschen ich und der ganze Vorstand Ihnen und Ihrer Familie ein erfolgreiches 2021. Wir freuen uns, Sie auch dieses Jahr an einem Anlass der Jungfreisinnigen Winterthur begrüßen zu dürfen. Und nicht zuletzt: Bleiben Sie gesund!

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT



Rohner Spiller – die erste komplett
klimaneutrale Digitaldruckerei in
der Region Winterthur.

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Möglich machen – wir brauchen Sie auf der Gemeinderatsliste 2022!

von Urs Bänziger, Gemeinderat und Vizepräsident FDP Winterthur



2022 wird es wieder so weit sein: die Stadt Winterthur wählt Parlament und Stadtrat anlässlich der Gesamterneuerungswahlen.

Wir sind die Partei der Menschen, die anpacken und die Chancen der Zukunft für Winterthur nutzen wollen. Wir begegnen Herausforderungen mit Lösungen und nicht mit Angst. Dafür

sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Um im Gemeinderat Einfluss zu haben, brauchen wir eine starke Gemeinderatsfraktion. Um dies zu erreichen, kommt der Gemeinderatsliste der FDP eine wesentliche Bedeutung zu. Und natürlich ist es nicht die Liste per se, sondern Sie, die engagierten Persönlichkeiten, die sich als Kandidatin oder Kandidat zur Verfügung stellen.

Ziel ist eine nach Berufen, Alter, Geschlecht und Quartieren ausgewogenen Liste von 60 Persönlichkeiten. Im Gemeinderatswahlkampf können alle mitmachen, als Botschafterin oder Botschafter der FDP. Sie können wählen, je nach Engagement, das sie zeitlich und inhaltlich leisten können. Es hat für jede und jeden etwas dabei. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Persönlichkeiten, welche sich bereits bei

uns gemeldet haben – das freut uns enorm. Noch sind wir aber auf zusätzliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter, insbesondere bei den weiblichen Mitgliedern, angewiesen. Wir freuen uns auf weitere Interessentinnen und Interessenten und stehen Ihnen selbstverständlich für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Die Wahlkommission wird ab Februar unter der Leitung von Severin Hosang und Carola Etter-Gick die Arbeit aufnehmen. Klar ist auch bereits jetzt, dass wir im Wahlkampf auf die Unterstützung von Ihnen allen angewiesen sind: Sei es als Spender, Wählerin, Unterstützung bei Events oder beim Überzeugen von Familien und Freunden. Wir halten Sie selbstverständlich über unsere Gefässe auf dem Laufenden. Herzlichen Dank bereits jetzt für all Ihr geschätztes Engagement.

Schulbauten – Kosten laufen aus dem Ruder

von Romana Heuberger, Gemeinderätin und Mitglied Kommission Bau und Betriebe

Kaum sind Schul- und Baudepartement in links-grüner Hand, drohen auch die Kosten für Schulbauten aus dem Ruder zu laufen. Jedenfalls läuten beim Studium der Vorlage zum Schulhaus Steinacker alle Alarmglocken. Wir Freisinnigen wollen solide, funktionale, energieeffiziente und nachhaltige Schulbauten, die ein inspirierendes Lernumfeld schaffen. In Winterthur scheint man sich aber Luxusbauten leisten zu wollen.

Kosten bis 50% über kantonalem Mittel

Wie sonst lässt es sich erklären, dass im Planungs- und Projektierungskredit (PPK) des Neubaus Steinacker Baukosten geplant wurden, welche bis zu 50% höher liegen als der Durchschnitt von vergleichbaren neuen Schulbauten im Kanton Zürich bzw. von Winterthurer Schulbauten der vergangenen Jahre? Bei Schulbauten genehmigt das Parlament den PPK und nachdem bereits Millionen für Planung und Projektierung ausgegeben wurden (Steinacker geplant 3,4 Mio.), können wir zum vorliegenden Projekt nur noch ja oder ja sagen, da die Planung meist so lange gedauert und so viel gekostet hat, dass ein «zurück zum Start» keine echte Option mehr ist. Zudem wird der Schulraum dann bereits dringend benötigt. So wie der Planungsprozess derzeit läuft, würden wir de facto mit dem Planungskredit für das Schulhaus Steinacker einen Blankocheck für maximale Baukosten von Fr. 1'136/m³ (BKP2/GV) oder eben eine Kostensteigerung von bis zu 50% gegenüber dem aktuellen Benchmark von Schulbauten genehmigen. Höchst unbefriedigend!

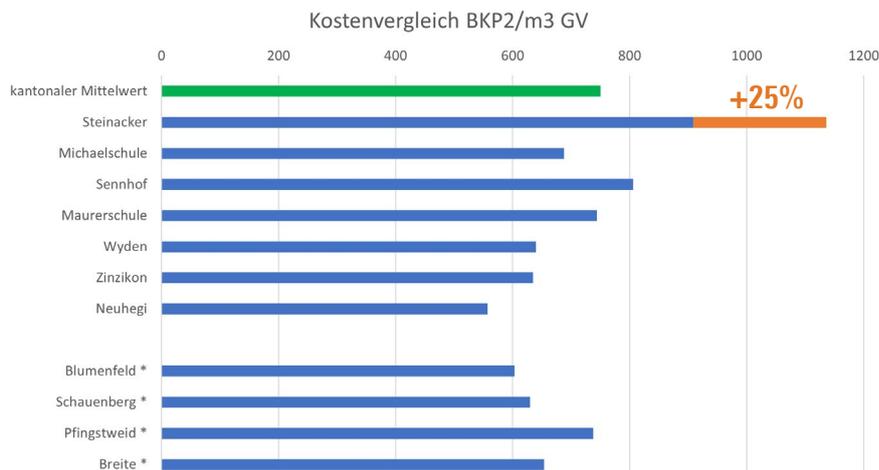
Wir brauchen neue Prozesse

Wir müssen einen Weg finden, die maximal zulässigen Kosten für Schul- und Verwaltungsbauten schon vor der Planung besser in den Griff zu bekommen und/oder den Mitsprache-Prozess im Parlament neu definieren. Beim Polizeigebäude und beim Schulhaus Wallrüti hat der Gemeinderat jeweils ein Kostendach festgelegt. Die Erfahrung zeigt, dass die eingereichten Projekte auf dieses Kostendach ausgerichtet werden. Damit kann ein solches auch zum Kostentreiber werden, wenn für dessen Festlegung keine valablen Vergleichswerte herangezogen werden. Wie wir heute wissen, hätte das Polizeigebäude auch günstiger geplant werden können.

FDP-Anträge – ein nächster Schritt

Wir versuchen nun, einen neuen Weg zu gehen. Die FDP hat deshalb zum PPK für das

Schulhaus Steinacker im Gemeinderat zwei Ergänzungsanträge zum stadträtlichen Antrag gestellt: der Projektwettbewerb für den Neubau soll auf Basis des kantonalen Mittelwertes ausgeschrieben werden (BKP2/GV/m³ Fr. 750 +/- 25% statt wie in der Kostenberechnung zur Vorlage vorgesehen Fr. 909 +/- 25%). Zudem verlangen wir, dass der Stadtrat als Behörde vor der Projektierung eine Interessenabwägung vornimmt über die (Nicht-)Entlassung des Schulhauses aus dem kommunalen Inventar der schützenswerten Bauten. Diese Interessenabwägung sollte fester Bestandteil jedes Vorprojektes sein. Denn eine Entlassung würde neue Möglichkeiten eröffnen und die Kosten deutlich reduzieren. Wir werden alles daran setzen, dass der Prozess für die Planung von Schul- und Verwaltungsbauten effektiver wird bzw. uns die Kosten eben nicht aus dem Ruder laufen. Wir bleiben dran!



Kostenvergleich von bereits gebauten Schulhäusern und dem stadträtlichen Antrag für den Neubau Steinacker.

Terminkalender

| Datum | Zeit | Organisation | Anlass | Zusatzinformation |
|------------|-----------|----------------|--|-------------------|
| 20.04.2021 | 18.00 Uhr | FDP Winterthur | Parteiversammlung | |
| 21.05.2021 | 18.30 Uhr | FDP Winterthur | Parteiversammlung und GV | |
| 06.07.2021 | 18.00 Uhr | FDP Winterthur | a.o. Parteiversammlung | |
| 01.09.2021 | 19.30 Uhr | FDP Winterthur | Parteiversammlung | |
| 19.10.2021 | 19.30 Uhr | FDP Winterthur | Parteiversammlung | |
| 25.11.2021 | 18.30 Uhr | JFW | Stamm JFW „Ein Bier mit... Marcel Pawlicek“ (CEO Burckhardt Compression) | |

**IN DEN BESTEN
HÄNDEN FÜR
FAHRFREUDE.**

**HUTTER DYNAMICS AG
WINTERTHUR.**

Hutter Dynamics AG
Hegmattenstrasse 3
8404 Winterthur
Tel. 052 244 77 77
www.hutter-dynamics.ch



Alle Termine immer aktuell unter: www.fdp-winterthur.ch

Impressum:

Redaktion: Dieter Kläy und Severin Hosang

Layout: Patrick Brunner

FDP Winterthur, Neumarkt 15, 8400 Winterthur

Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch, PC Konto 84-1190-2